

1 **Beschluss: Chancen der Digitalisierung in der kommunalen Selbstverwaltung weiter**  
2 **nutzen**

3 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 4 • Klare und verlässliche Vorgaben für die Kommunen, wie sie die Digitalisierung  
5 der kommunalen Selbstverwaltung umsetzen können
- 6 • Eine einheitliche Plattform für digitale Sitzungen, die den Anforderungen von  
7 Gemeindeordnung und Datenschutz gerecht wird
- 8 • Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung durch das Land, beispielsweise  
9 in Form von Schulungen
- 10 • Verwaltungsvereinbarung zw. Bund, Länder & Gemeinden zum Aufbau digitaler  
11 Verwaltungsschnittstellen abschließen

12 **Begründung:**

13 Mit der Anpassung der Gemeindeordnung im September 2020 wurde die Möglichkeit  
14 geschaffen in bestimmten Ausnahmefällen, wie zum Beispiel zum Infektionsschutz,  
15 Sitzungen der Gemeindevertretungen auch digital abzuhalten. Damit bietet sich die  
16 Chance auch weiterhin die Entscheidungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen und  
17 gleichzeitig dem Infektionsschutz gerecht zu werden. Um diese Möglichkeit zu nutzen,  
18 bedarf es aber einer Reihe technischer Voraussetzungen, die noch nicht überall im Land  
19 gegeben sind. So muss weiterhin die Öffentlichkeit dort gewährt werden, wo die  
20 Gemeindeordnung nicht explizit die Vertraulichkeit fordert. Bei Nichtöffentlichen  
21 Beratungspunkten, wie bei Vertrags- und Personalangelegenheiten, muss hingegen die  
22 Vertraulichkeit gewährt werden können und die Öffentlichkeit anschließend wie  
23 gesichert hergestellt werden können.

24 Besonders in der Anfangszeit gibt es bei vielen Gemeinden Bedenken hinsichtlich der  
25 Umsetzung. Hier braucht es beispielsweise klare Vorgaben, welche Anforderungen  
26 auch in Hinsicht auf den Datenschutz und das Recht am eigenen Bild erfüllt sein müssen.  
27 Es darf hierbei nicht dazu kommen, dass die Hemmschwelle für die Beteiligung an der  
28 Debatte in der Sitzung der Gemeindevertretung dadurch steigt, dass man befürchten  
29 muss mit seiner Wortmeldung unmittelbar und unwiderruflich im Internet präsentiert  
30 zu werden.

31 **Auch muss sichergestellt werden, dass die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker über die**  
32 **notwendigen Endgeräte verfügen und mit der Konferenztechnik vertraut sind.**

33 **Hier können junge Kommunalpolitiker dazu beitragen, Wissen über die Nutzung**  
34 **digitaler Medien sowohl an ältere Kommunalpolitiker als auch an die Verwaltungen zu**  
35 **vermitteln. Gerade zu Beginn sind hier auch höhere Kosten für Technik und Personal**  
36 **einzuplanen, denn die Etablierung digitaler Prozesse erfordert viel Planung und Geduld**  
37 **in der Umsetzung.**

38 **Viele Gemeinden haben in den letzten Jahren bereits auf einen digitalen Sitzungsdienst**  
39 **mit Ratsinformationssystemen und Tablets umgestellt, sodass ein erster wichtiger**  
40 **Schritt bereits getan ist. Dieser Weg muss nun aber konsequent weiterverfolgt werden,**  
41 **und idealerweise mit einer Videokonferenzlösung kombiniert werden.**

42 **Die Erarbeitung einer landesweit einheitlichen Lösung ist zwar bereits in Arbeit, aber**  
43 **wird für eine kurzfristige Umsetzung vermutlich noch nicht zur Verfügung stehen.**  
44 **Sobald diese aber verfügbar ist, muss es auch entsprechende Angebote zur Schulung für**  
45 **Verwaltungen und Kommunalpolitiker geben, um einen sicheren Einsatz zu erzielen.**